

IG kämpft weiter für Vollverkabelung

380-KV-LEITUNG · Verhaltene Reaktionen auf Entwurf im Bund zu Stromtrassen

HARPSTEDT/GANDERKESEE/
AK – Ungeachtet der sich abzeichnenden Gesetzesregelung zum Stromnetzausbau auf Bundesebene, die auch vier Pilotprojekte für eine Teilverkabelung vorsieht, will die Interessengemeinschaft (IG) „Vorsicht Hochspannung“ ihren Kampf für eine komplette Erdverlegung der geplanten 380-kV-Höchstspannungsleitung von Ganderkesee nach St. Hülfe fortsetzen. „Für uns hat sich zunächst nichts geändert“, reagierte IG-Sprecher Frank Windhorst am Freitag auf die Meldung über eine Einigung von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) und Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CDU) beim Netzausbau. Wie berichtet, sieht die neue gesetzliche Regelung, über die das Bundeskabinett am 18. Juni befindet,

Ganderkesee-St. Hülfe als eines der Pilotvorhaben vor.

Dass allein in Niedersachsen drei der vier Pilotprojekte angesiedelt sind, sieht man in der Staatskanzlei des Landes als „großen Erfolg“, wie die stellvertretende Regierungssprecherin Nina Hacker am Freitag betonte. Positiv zu bewerten sei auch, dass die Abstandsregelung zu Wohnbebauung (wie sie das niedersächsische Erdkabelgesetz vorsieht) auch im Entwurf des Gesetzes voll gewährt sei: „Hauptanliegen ist der Schutz der Menschen.“ In Sachen Landschaftsschutzgebiete ist das niedersächsische Gesetz aber offenbar weitreichender.

Freilich: Die Abstandsregelungen führen nicht zwangs-

läufig zu Vollverkabelung. Und so will sich die IG noch nicht zufrieden geben: „Wir erhalten unseren Widerstand aufrecht, bis die gewünschte Vollverkabelung erreicht ist“, bekräftigte Windhorst. Und: „Ich bin optimistisch, dass wir das auch noch erreichen.“ Angesichts des Entwurfs des

380-kV-Trasse als Pilotprojekt vorgesehen

Netzbetreibers Eon für eine kombinierte Kabel-/Freileitungstrasse fordere die IG eine Kostengegenüberstellung Teilverkabelung/Vollverkabelung. Denn bei kompletter Verkabelung seien teure Kabelübergangsanlagen überflüssig.

Grundsätzlich indes begrüßte Windhorst ein Bundesgesetz mit Abstandsregelungen: „Das ist positiv zu bewer-

ten für künftige Planungen.“

Zurückhaltend gab sich zunächst die Eon Netz. Da noch keine Details der Einigung im Bund bekannt seien, wollte sich Pressesprecher Christian Schneller am Freitag noch nicht zu möglichen Auswirkungen auf die Trassenplanung äußern. „Im Augenblick ist für uns das niedersächsische Landesrecht maßgeblich. Ob das vom Bundesgesetz überlagert wird, das zu beurteilen ist zurzeit nicht möglich.“ Im Grundsatz aber sei eine bundesgesetzliche Regelung der Frage Kabel/Freileitung in jedem Fall zu begrüßen: „Wir brauchen klare Regeln, da es einerseits nachvollziehbare regionale Interessen gibt, andererseits volkswirtschaftliche Argumente und Mehrkosten für Kabel.“

→ siehe auch Region